

II-2411 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Wien, 1973 04 09

Zl.5251-Pr.2/1973

1088 / A.B.
ZU 1099/J.
Präs. am 10. April 1973

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
W i e n , 1.

Auf die Anfrage der Abgeordneten Kraft und Genossen vom
15.Feb.1973, Nr.1099/J, betreffend Abwanderung von Arbeitskräf-
ten nach Bayern, beehre ich mich mitzuteilen:

Arbeitspolitische Maßnahmen, die grundsätzlich nur bestimmte
regionale Minderheiten von Arbeitnehmern treffen bzw. begünstigen
sollen, können im Einkommensteuergesetz nicht gesetzt werden.
Die geforderte Begünstigung für im Grenzgebiet beschäftigte
Arbeitnehmer würde gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen,
weil keine sachlichen Gründe vorliegen, die eine solche Ausnahme-
stellung rechtfertigen könnten. Im übrigen wird im gegenständ-
lichen Schreiben der Firma Alois Wenger & Co. darauf hingewiesen,
daß diese Firma ohnedies höhere Stundenlöhne bezahlt als die
innerösterreichische Konkurrenz, woraus schon zu ersehen ist,
daß aus sozialpolitischen Gründen eine teilweise Befreiung
des Arbeitslohnes von der Einkommensteuer durch Einführung
eines besonderen Freibetrages für solche Arbeitnehmer nicht
gerechtfertigt wäre.

